

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. Januar 1995

am Donnerstag, dem 19. Januar 1995

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andres, Gerd (SPD)	26, 27	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	51, 60
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	48	Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 42
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Mascher, Ulrike (SPD)	35, 36
Beer, Angelika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Mehl, Ulrike (SPD)	62, 63
Caspers-Merk, Marion (SPD)	58, 59	Merz, Friedrich (CDU/CSU)	41
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	28	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	49, 50
Dreßen, Peter (SPD)	17	Nachtwei, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 52
Dreßler, Rudolf (SPD)	29, 30	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65
Duve, Freimut (SPD)	11, 12	Reschke, Otto (SPD)	44, 45
Erler, Gernot (SPD)	46, 47	Schmalz-Jacobsen, Cornelia (F.D.P.)	20, 21
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	53, 54	Schmidt, Wilhelm (Salzgitter) (SPD)	37
Gansel, Norbert (SPD)	9, 10	Dr. Schmidt-Jortzig, Edzard (F.D.P.)	22, 23
Grasedieck, Dieter (SPD)	2, 3	Schreiner, Ottmar (SPD)	33, 34
Haack, Karl-Hermann (Extertal) (SPD)	38	Schütz, Dietmar (Oldenburg) (SPD)	1, 64
Hofmann, Frank (Volkach) (SPD)	39, 40	Dr. Schwarz-Schilling, Christian (CDU/CSU)	13, 14
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	43	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia (SPD)	25
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	18, 19	Stiegler, Ludwig (SPD)	56, 57
Kubatschka, Horst (SPD)	24, 61	Dr. Struck, Peter (SPD)	31, 32
		Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	4, 55

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz
(Oldenburg)
(SPD)**

Mit welcher Begründung hat der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Treffen von Vertretern der Internationalen Walfangkommission (IWC) und Nichtregierungsorganisationen (NGO) auf den Lofoten sich gegen international verbindliche Standards bei der Festsetzung von Strafen für Verstöße gegen IWC-Beschlüsse, wie z. B. Fangobergrenzen und Moratorien, ausgesprochen und auch das Konzept einer unmittelbaren Weitergabe von Fangdaten über „data links“ zur Einhaltung von Fangquoten abgelehnt, und wie vereinbart die Bundesregierung eine solche Haltung mit dem von ihr selbst wiederholt betonten Auftrag, einen bestmöglichen Schutz der Wale sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordneter
**Dieter
Grasedieck
(SPD)**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Angestellten-Krankenkasse sich weigert, eine offenkundig sehr erfolgreiche Behandlung eines Kindes im Petö-Institut in Budapest zu finanzieren, obwohl alle Therapiebemühungen in Deutschland bisher erfolglos waren?
3. Abgeordneter
**Dieter
Grasedieck
(SPD)**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß gesetzliche Krankenkassen grundsätzlich nur Leistungen, die innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden, finanzieren müssen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

4. Abgeordneter
**Simon
Wittmann
(Tannesberg)
(CDU/CSU)**

In welcher Höhe entstehen im einzelnen beim Kontinentalen Tiefbohrprogramm in Windisch- eschenbach Folgekosten für die Räumung und Rekultivierung der Lokation, und sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, diese Finanzmittel für eine forschungsorientierte Weiternutzung der Gebäude umzuwidmen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des
Bundeskanzleramtes**

5. Abgeordneter
**Dr. Helmut
Lippelt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die Aussage des Ex-Fallschirmjäger-Majors Raethjen, der – laut „Stern“ und „Tagesthemen“ – von 1979 bis 1983 im Auftrag des BND mehrere Hundertschaften von Gadhafis Wachregiment in „Nahkampf und lautlosem Töten“ ausgebildet hat, für plausibel „Eine Operation dieser politischen Brisanz ist – aus meiner siebenjährigen Erfahrung heraus – nur möglich mit Kenntnis und Erfahrung der obersten Behördenleitung“, und warum hat die Bundesregierung in diesen Jahren nichts dagegen unternommen, daß selbst heute noch vier Ausbilder dort arbeiten, obwohl spätestens seit Ende 1980 durch den Briefwechsel Raethjen – Bundeskanzleramt diesem das Unternehmen bekannt war?
6. Abgeordneter
**Winfried
Nachtwei**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Besteht nach Kenntnis der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen den Dienstleistungen der in Absprache mit dem BND agierenden Firma Telemit Electronic GmbH und Parteispenden der Firma Telemit für die F.D.P. (vgl. Stern, Ausgabe 2/95), wenn ja, welcher?
7. Abgeordnete
**Angelika
Beer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, wie vom ehemaligen Bundeswehroffizier und BND-Mitarbeiter Hans Dieter Raethjen gegenüber dem Magazin „STERN“ und in den ARD-Tagesthemen ausgesagt, daß Bundeswehrangehörige bzw. ehemalige Bundeswehrangehörige mit Wissen und auf Wunsch des BND in der Bundesrepublik Deutschland für den Dienst als Ausbilder bei der libyschen Armee angeworben wurden und dort auch als Ausbilder mehrere Jahre tätig waren?
8. Abgeordnete
**Angelika
Beer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann haben der damalige Präsident des BND, Dr. Klaus Kinkel, und wann das Bundeskanzleramt von der Anwerbung von Bundesbürgern für den Dienst als Ausbilder bei der libyschen Armee zum ersten Mal erfahren, und welche Konsequenzen (auch hinsichtlich des § 109h des Strafgesetzbuches) wurden von den informierten Bundesbehörden, Bundesministern und Staatssekretären gezogen?

9. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Wie ist das Bundeskanzleramt von der „Ausbildungstätigkeit“ des ehemaligen Bundeswehroffiziers und BND-Mitarbeiters Hans-Dieter R. in Libyen informiert worden, und welche Maßnahmen sind auf seiten der Bundesregierung getroffen worden, um die Umstände dieser Tätigkeit aufzuklären und sie zu beenden?
10. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Seit wann war der Bundesregierung bekannt, daß Mitarbeiter der Münchner Firma Telemit Electronic GmbH weitere Personen für den Dienst in einer militärischen oder militärähnlichen Einrichtung in Libyen angeworben haben, und aus welchen Gründen sind keine Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen den § 109 h StGB eingeleitet worden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

11. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, innerhalb der Europäischen Union gegenüber der Kontaktgruppe oder gegenüber der VN sich dafür einzusetzen, daß die Verhandlungen für Frieden in Bosnien-Herzegowina mit Garantien für die Durchsetzung humanitärer Hilfe verknüpft werden?
12. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Warum sind bisher Verhandlungen über einen Waffenstillstand nicht gekoppelt worden an Zusicherungen für die Gewährleistung humanitärer Hilfe?
13. Abgeordneter
Dr. Christian Schwarz-Schilling
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung bisher private Initiativen für Bihac, insbesondere im Hinblick auf Transport, unterstützt, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um den nach VN-Resolutionen garantierten freien Zugang nach Bihac oder zumindest die Versorgung der Zivilbevölkerung sowie der Krankenhäuser in Bihac über erprobte Korridore oder ggf. durch Helikopter (wie bereits praktiziert) durchzusetzen?

14. Abgeordneter
Dr. Christian Schwarz-Schilling
(CDU/CSU)
- Neben welchen Maßnahmen der UNPROFOR stehen die Maßnahmen der Bundesregierung, und über welche Korridore sollen die Versorgungsleistungen erfolgen?
15. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung in bezug auf den Deutschen Konvoi in Notgebiete Bosnien-Herzegowinas, und kann der Deutsche Konvoi seine Arbeit auch 1995 fortsetzen?
16. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb stimmt die Bundesregierung der Verlängerung der Lockerung des Embargos gegenüber Restjugoslawien im VN-Sicherheitsrat zu, obwohl VN-Vertreter bezeugen, daß in Bihac Einheiten der regulären Armee Serbiens auf seiten der Angreifer kämpfen und obwohl der US-Geheimdienst Erkenntnisse darüber hat, daß das Embargo Serbiens gegenüber den bosnischen Serben nicht eingehalten wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

17. Abgeordneter
Peter Dreßen
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die Folgen der finanziellen Kürzungen der Eingliederungshilfen für Spätaussiedler für einige Gemeinden und Landkreise zu enormen Belastungen im Sozialbereich geführt haben, und zwar Belastungen, auf deren Entstehung die Gemeinden und Landkreise keinen Einfluß haben, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß der Zuzug von Spätaussiedlern politisch gewollt und im Rahmen der Kriegsfolgenverantwortung nicht eine Aufgabe der Kommunen, sondern eine Aufgabe von Bund und Ländern ist entsprechend dem Verursacherprinzip, nicht nur in der Zeit, in der Spätaussiedler in Übergangswohnungen leben, sondern mindestens in den ersten zwei Jahren des Integrationsprozesses?
18. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Auf welchen Tatsachen, Vermutungen oder Informationen stützt der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner seine Aussage, daß es sich beim Flugzeugabsturz von Uwe Barschel in Lübeck um ein Attentat der Stasi handeln könnte?

19. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sie oder andere nachgeordnete Dienststellen keinerlei Wissen oder Erkenntnisse zum Ableben von Uwe Barschel haben?
20. Abgeordnete
Cornelia Schmalz-Jacobsen
(F.D.P.)
- Wie hoch sind die bisherigen Kosten, die dadurch entstanden sind, daß die Bundesregierung mit mehreren Staaten Rücknahmeabkommen für Asylbewerber getroffen hat?
21. Abgeordnete
Cornelia Schmalz-Jacobsen
(F.D.P.)
- Für welche Maßnahmen sind die Gelder im einzelnen verwendet worden, die die Bundesregierung im Rahmen der Rücknahmeabkommen gezahlt hat?
22. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)
- Trifft die Erklärung des Leitenden Oberstaatsanwalts in Lübeck, Heinrich Wille, zu, daß vom Bundesamt für Verfassungsschutz Akten zum Fall Barschel ersatzlos vernichtet worden sind?
23. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)
- Falls das Bundesamt für Verfassungsschutz Akten zum Fall Barschel vernichtet hat, beruhte dieses Vorgehen womöglich darauf, daß die Lübecker Staatsanwaltschaft oder eine andere schleswig-holsteinische Justizstelle entsprechende nachrichtendienstliche Erkenntnisse als für eine Strafverfolgung unerheblich eingestuft hatte?
24. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung aufgrund von Bund-Länder-Gesprächen ihre Pläne zur Neustrukturierung im Zivil- und Katastrophenschutz dahin gehend geändert hat, daß nun ein weitaus geringerer Abbau des Technischen Hilfswerks (THW) erfolgen wird als ursprünglich geplant?
25. Abgeordnete
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
(SPD)
- Welche weiteren Rücknahme-Übereinkommen für Asylbewerber sind über die bereits abgeschlossenen (Polen usw.) hinaus geplant, und mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung für die auf Grundlage solcher Vereinbarungen zu realisierenden Maßnahmen?

26. Abgeordneter
**Gerd
Andres**
(SPD)
- Wie oft mußten Beamte zur Deckung der Pflegekosten im häuslichen oder stationären Bereich in der letzten statistisch erfaßten Jahresperiode Sozialhilfe in Anspruch nehmen?
27. Abgeordneter
**Gerd
Andres**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, in welcher Höhe im Jahre 1993 Beihilfeleistungen zum einen insgesamt und zum anderen nur für Pflegeleistungen an Bundesbeamte gewährt worden sind?
28. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)
- Wie hoch ist im Durchschnitt die finanzielle Belastung der Beamten durch die von ihnen abzuschließende Restkostenversicherung für die nicht von der Beihilfe gedeckten Pflegekosten im Verhältnis zu den Beitragszahlungen der gesetzlich Pflegeversicherten?
29. Abgeordneter
**Rudolf
Dreßler**
(SPD)
- Hat der Bundesminister des Innern die gegenüber dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und dem Vermittlungsausschuß abgegebene Verpflichtung, die Anpassung der Beihilfevorschriften an die Bestimmungen des Pflegeversicherungsgesetzes zum 1. Januar 1995 vorzunehmen, fristgerecht erfüllt, und wenn nicht, wie begründet er dies?
30. Abgeordneter
**Rudolf
Dreßler**
(SPD)
- Trifft es zu, daß es zwischen dem Bundesminister des Innern und dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung über die materiellrechtlichen Anpassungen des Beihilferechts an das Pflegeversicherungsgesetz vor allem im Hinblick auf die Leistungsansprüche der Pflegebedürftigen zu keiner Einigung gekommen ist, und wenn ja, wo liegen die Ursachen eines Dissenses?
31. Abgeordneter
**Dr. Peter
Struck**
(SPD)
- Treffen Informationen zu, nach denen vom Bundesminister des Innern geplant ist, die Anpassung der Beihilfevorschriften an das Pflegeversicherungsgesetz stufenweise in Kraft zu setzen, dabei zunächst die ambulante und erst dann die stationäre Pflege zu regeln, und wie begründet die Bundesregierung dieses Vorgehen?
32. Abgeordneter
**Dr. Peter
Struck**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wie sich vor Einführung der Pflegeversicherung die Absicherung der Beamten und ihrer Angehörigen bei Pflegebedürftigkeit von der Absicherung der restlichen Bevölkerung unterschieden hat?

33. Abgeordneter
**Ottmar
Schreiner**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wie in einem neuen Beihilferecht die finanziellen Aufwendungen für Berufspflegekräfte bei ambulanter Pflege ausgestaltet werden sollen?
34. Abgeordneter
**Ottmar
Schreiner**
(SPD)
- Wer soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung die Pflegebedürftigkeit von Beihilfberechtigten zukünftig feststellen, der Medizinische Dienst oder der Amts- bzw. Vertrauensarzt?
35. Abgeordnete
**Ulrike
Mascher**
(SPD)
- Beabsichtigt der Bundesminister des Innern die Tages- und Kurzzeitpflege im Beihilferecht zukünftig in gleicher Weise zu regeln wie im Pflegeversicherungsgesetz, so daß eine Leistungsobergrenze von 2 800 DM eingeführt wird?
36. Abgeordnete
**Ulrike
Mascher**
(SPD)
- Wie werden die Beihilfevorschriften für bereits jetzt pflegebedürftige Beamte ausgestaltet, bleibt es beim bisherigen Beihilferecht, oder wird das angepaßte Beihilferecht zur Anwendung kommen?
37. Abgeordneter
**Wilhelm
Schmidt
(Salzgitter)**
(SPD)
- Treffen Informationen zu, nach denen in einem angepaßten Beihilferecht die sogenannten „Hotelkosten“, d. h. die Kosten für Unterkunft und Verpflegung bei stationärer Unterbringung für die Berechtigten ganz oder teilweise beihilfefähig bleiben?
38. Abgeordneter
**Karl-Hermann
Haack
(Exertal)**
(SPD)
- Falls Informationen zutreffen, nach denen die private Versicherungswirtschaft Beamten einen bis zu 17%igen Rabatt auf ihre Pflegeversicherungsprämien einräumen will, kann die Bundesregierung angeben, wie die Versicherungsunternehmen dies begründen, und hält sie dies für angemessen?
39. Abgeordneter
**Frank
Hofmann
(Volkach)**
(SPD)
- Beabsichtigt der Bundesminister des Innern eine Neuorganisation der Luft- und Bodenrettung unter Ausschluß des Bundesgrenzschutzes?
40. Abgeordneter
**Frank
Hofmann
(Volkach)**
(SPD)
- Welche Absichten bestehen hinsichtlich der künftigen Organisation der zivilen Rettungsdienste?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

41. Abgeordneter
Friedrich Merz
(CDU/CSU)
- Welche Rechtsauffassung vertritt die Bundesregierung in bezug auf die geltend gemachten Ansprüche der Stadt Arnberg auf Rückübertragung des bis zum Sommer 1994 von den belgischen Streitkräften genutzten Geländes der Jägerkaserne, und ist die Bundesregierung bereit, mit der Stadt Arnberg und anderen, in ähnlicher Weise betroffenen Gemeinden kurzfristig eine außergerichtliche Einigung über die Rückübertragung zu erzielen?
42. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nachdem die USA, Frankreich, Finnland und die Schweiz zwischen 1991 und 1993 von der bei der Umschuldung der polnischen Schulden durch den Pariser Club 1991 eingeräumten Möglichkeit der ECO-Conversion (debt for environment swap) Gebrauch gemacht haben, frage ich die Bundesregierung, wie hoch wäre die den zur Konversion eingeräumten 10% entsprechende Summe im Fall der Bundesrepublik Deutschland, und warum hat gerade die Bundesregierung sich noch zu keinem solchen Vertrag entschlossen?
43. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe hat die ehemalige Präsidentin der Treuhandanstalt Birgit Breuel aufgrund ihrer dortigen Tätigkeit Versorgungsansprüche erworben?
44. Abgeordneter
Otto Reschke
(SPD)
- Gilt der Erhalt von Pflegegeldleistungen, die im Rahmen der Pflegeversicherung ab 1. April 1995 an Pflegebedürftige bzw. an pflegende Personen gezahlt werden, als Bezug eines Einkommens im Sinne des Einkommensteuergesetzes, das vom Pflegebedürftigen bzw. von der pflegenden Person versteuert werden muß?
45. Abgeordneter
Otto Reschke
(SPD)
- Wird häuslichen Pflegekräften die Übernahme von Renten- und Unfallversicherungsbeiträgen durch die Pflegeversicherung im Rahmen der ab 1. April 1995 gewährten Leistungen als geldwerter Vorteil im Sinne des Einkommensteuergesetzes angerechnet?
46. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Aus welchen Gründen erwägt das Bundesministerium der Finanzen eine Zusammenlegung der Hauptzollämter Freiburg und Kehl, obwohl die Oberfinanzdirektion Freiburg gewichtige sachliche Argumente für eine Zusammenlegung am Standort Freiburg vorgetragen hat?

47. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Bundesbehörden und Bundesdienststellen bzw. Teile von ihnen, einschließlich solcher der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost, sind zwischen 1980 und 1995 aus der Stadt Freiburg i. Br. abgezogen worden, und wie viele Arbeitsplätze waren davon betroffen?
48. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- In welcher Form, und zu welchem Zeitpunkt gedenkt die Bundesregierung, die Zustimmung des Deutschen Bundestages zur dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einzuholen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

49. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- Wie lautet die Stellungnahme der Bundesregierung zur geplanten Übernahme der Ulmer Firma Karl Kässbohrer GmbH durch die Mercedes Benz AG gegenüber der EU-Kommission (Fusionsfall IV/M. 477)?
50. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung künftig dafür tun, daß das Fusionskontrollverfahren der Kommission beschleunigt durchgeführt und die Arbeitsplätze bei Kässbohrer erhalten werden?
51. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welchen Standpunkt hat die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß Artikel 5 Abs. 2 des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) zwar feststellt, der Allgemeine Rat könne geeignete Vorkehrungen für Konsultationen und Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Organisationen (NGOs) treffen, aber beabsichtigt ist, diese – wie im Rahmen des GATT – nur außerhalb der Tagesordnungen einzuladen, gegenüber einem Antrag der Vereinten Nationen eingenommen, der die Zusammenarbeit der WTO mit NGOs verbessern soll, und ist die Bundesregierung sich bewußt, daß Konsultationen mit NGOs außerhalb der Tagesordnungen bei erheblichem Kostenaufwand für die NGOs fachliche Beiträge der NGOs zu spezifischen Beratungsgegenständen nicht ermöglichen?

52. Abgeordneter
**Winfried
Nachtwei**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Besteht nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen den Firmenspenden an die F.D.P., der Erteilung von Exportgenehmigungen für bestimmte (Rüstungs-)Geschäfte und aus neueren Erkenntnissen bez. des Mordes am damaligen F.D.P.-Schatzmeister, Heinz-Herbert Karry, ein Zusammenhang, wenn ja, welcher?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

53. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU)
- Wie viele Saisonarbeitskräfte in welchen Bereichen waren 1994 in Deutschland tätig?
54. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, wie angesichts der Arbeitslosigkeit für diese Tätigkeit im Lande lebende Arbeitslose gewonnen werden können?
55. Abgeordneter
**Simon
Wittmann
(Tannesberg)**
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die Verhandlungen um ein Sozialversicherungsabkommen mit der Tschechischen Republik, und worin liegen die Schwierigkeiten für ein solches Abkommen?
56. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen zum Abschluß eines bilateralen Sozialversicherungsabkommens mit der Tschechischen Republik, und bis wann kann mit ersten konkreten Ergebnissen gerechnet werden, nachdem die Bundesregierung am 2. März 1994 mitgeteilt hat, daß ein Gesprächstermin vereinbart werden würde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

57. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Treffen Informationen zu, nach denen die Bundesregierung plant, das deutsche Verbindungskommando auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr aufzulösen, und wird sie bei allen künf-

tigen Planungen berücksichtigen, daß durch den Abbau von Arbeitsplätzen beim Verbindungskommando Grafenwöhr in dieser Region bereits ein überproportionaler Verlust an Arbeitsplätzen durch den Abzug der US-Streitkräfte zu verkraften ist?

58. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)

Steht die Bundesregierung nach wie vor zu ihrer Zusage, die Konversion des Fliegerhorstes Bremgarten zu einem Gewerbepark dadurch zu unterstützen, daß sie, mit der Ausnahme des angegliederten Schießplatzes, auf eine zusätzliche militärische Nutzung des Geländes verzichtet?

59. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ergebnisse eines Gutachtens der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Freiburg, daß der Standortübungsplatz Müllheim als militärisches Übungsgelände für die deutsch-französische Brigade aus ökologischen Gründen besser geeignet ist als das Gelände auf dem ehemaligen Fliegerhorst Bremgarten, und welche Konsequenzen zieht sie aus dem Gutachten?

60. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich Planungen der Vereinigten Staaten von Amerika für die Zukunft der US-Air Base Spangdahlem vor, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, sofern ihr Kenntnisse über Planungen hinsichtlich der US-Air Base Spangdahlem durch die Vereinigten Staaten von Amerika nicht vorliegen, um Kenntnis über den aktuellen Planungsstand zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

61. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Zu welchem Ergebnis kam die Dritte Internationale Alpenkonferenz am 20. Dezember 1994 in Chambéry, und für welchen Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung nun mit der Zeichnung der einzelnen Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention?

62. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Analyse- und Verbesserungsvorschläge des Beirats für Naturschutz und Landschaftspflege beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit „Zur Akzeptanz und Durchsetzbarkeit des Naturschutzes“, und wann wird sie das Gutachten veröffentlichen?
63. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung keine Möglichkeit, den Staatssekretär Clemens Stroetmann anderweitig zu beschäftigen, anstatt ihn in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen?
64. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz
(Oldenburg)**
(SPD)
- Welche Kosten entstehen dem Steuerzahler durch die Entscheidung der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Angela Merkel, den Staatssekretär Clemens Stroetmann vorzeitig in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen?
65. Abgeordnete
**Simone
Probst**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis von den Kernmantel-Rissen in den Siedewasserreaktoren in Mühleberg/Schweiz und den verschiedenen Reaktoren in den USA?

Bonn, den 13. Januar 1995

